Ifd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
1.	Landkreis Prignitz Sachbereich Planung Berliner Str. 49 19348 Perleberg	08.07.2021	<p>I. Sb Denkmalschutz</p> <p>Die Begründung der 2. Änderung des Bebauungsplans "Zur Burghofwiese" ist aus denkmalpflegerischer Sicht wie folgt zu ergänzen:</p> <p>Im Planungsbereich sind derzeit keine Denkmale im Sinne des Gesetzes über den Schutz und die Pflege der Denkmale im Land Brandenburg (BbgDSchG) vom 24. Mai 2004 (GVBl. Bbg. 9, 215 ff) §§ 1 Abs. 1,2 Abs. 1 und 2 registriert.</p> <p>Hinweise:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Sollten bei erforderlichen Erdarbeiten Bodendenkmalstrukturen (Steinsetzungen, Verfärbungen, Scherben, Knochen, Metallgegenstände etc.) freigelegt werden, ist dies unverzüglich der unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises Prignitz (Tel. 03876 / 713 127; Fax 03876 / 713 300) anzuzeigen. 2. Die Fundstätte und der Fund bzw. die Funde sind nach § 11 Abs. 3 BbgDSchG bis zum Ablauf von einer Woche in unverändertem Zustand zu erhalten. Innerhalb dieser Zeitspanne erfolgt so schnell wie möglich eine Begutachtung durch das Fachpersonal der Denkmalbehörden. 3. Bei Projektänderungen sind die betreffenden Pläne und sonstigen Unterlagen unverzüglich der Unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises Prignitz zur erneuten Stellungnahme einzureichen. 4. Die entdeckten Funde sind ablieferungspflichtig (88 11 Abs. 4 und 12 Abs. 1 und 2 BbgDSchG). <p>II. Sb Umwelt</p> <p>1. als untere Wasserbehörde (UWB)</p> <p>Gegen die Änderung des o. g. Bebauungsplanes bestehen keine Bedenken, wenn der nachfolgend genannte Hinweis beachtet wird.</p> <p>Das Plangebiet befindet sich nicht im Wasserschutzgebiet Putlitz und die Ausführungen zum Wasserschutzgebiet sind zu berichtigen. Das Wasserschutzgebiet Putlitz wurde mit dem Beschluss des Kreistages des Landkreises Prignitz vom 21.06.2018 neu festgesetzt. Der Beschluss des Rates des Kreises Pritzwalk zum Trinkwasserschutzgebiet Putlitz aus dem Jahre 1971 ist mit dem neuen Beschluss außer Kraft getreten.</p> <p>2. als untere Naturschutzbehörde (UNB)</p> <p>Gemäß § 1 Abs. 1 NatSchZustV ist die untere Naturschutzbehörde (UNB) für die Durchführung des BNatSchG sowie des BbgNatSchAG und der auf Ihrer Grundlage erlassenen</p>	<p>Zu 1. Denkmalschutz</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Es werden keine abwägungserheblichen Belange vorgebracht.</p> <p>Zu I1.1 Wasserbehörde</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Für den Inhalt der 2. Änderung des Bebauungsplans ergibt sich kein Abwägungsbedarf.</p> <p>Zu I1.2 Naturschutzbehörde</p> <p>Die Stellungnahme wird berücksichtigt.</p> <p>Die mit der Aufstellung des Bebauungsplans „Zur Burghofwiese“ geplante Gehölzpflanzung wurde bereits mit</p>

lfd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			<p>Rechtsvorschriften zuständig, soweit im BbgNatSchAG oder in der NatSchZustV nichts anders bestimmt ist. Demzufolge nimmt die UNB alle Belange des Natur- und Artenschutzes wahr.</p> <p>Die 2. Änderung des BP soll im beschleunigten Verfahren nach 13 a Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 BauGB erfolgen, da die zulässige Grundfläche weniger als 20.000 m² beträgt. Im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB sind die Bestimmungen des § 13 Abs. 2 und 3 Satz 1 BauGB analog anzuwenden. Im beschleunigten Verfahren gelten in den Fällen des § 13 a Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 BauGB Eingriffe im Sinne des § 1a Abs. 3 Satz 6 als vor der planerischen Entscheidung erfolgt oder zulässig.</p> <p>Seitens der UNB bestehen gegen die 2. Änderung des B-Planes aus nachfolgend aufgeführten Gründen Bedenken.</p> <p>In der Planzeichnung der 1. Änderung des BP sind unter Punkt 1.2 - Flächen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft- 3 Flächen bzw. Maßnahmen festgesetzt worden. Diese Festsetzungen wurden nunmehr unbegründet verändert.</p> <p>Die Festsetzung 1.2.1 zum Anpflanzen von Gehölzen auf der Fläche A1 aus dem Ursprungs-BP sowie aus der ersten Änderung wurde ersatzlos gestrichen. Damit erfolgt keine Eingriffskompensation mehr.</p> <p>3. Abfallwirtschafts- u. Bodenschutzbehörde (UAWB/UBB) Die Untere Abfallwirtschafts- und die Untere Bodenschutzbehörde (UAWB/UBB) stimmen aus fachlicher Sicht dem o. g. Vorhaben zu, Einwände werden nicht erhoben.</p> <p>III. Sb Bauordnung 1. Bauordnungsrecht Die Planungen zur 2. Änderung des Bebauungsplanes „Zur Burghofwiese“ werden von Seiten der unteren Bauaufsichtsbehörde zur Kenntnis genommen.</p> <p>2. Planungsrecht 2.1 Planzeichenerklärung Unter Punkt 7 wird die Grünfläche A/B mit Bezug auf eine nicht vorhandene textliche Festsetzung 2.1 erklärt. Diesbezüglich hat eine Richtigstellung zu erfolgen (Festsetzung 1.2.1).</p> <p>2.2 Rechtsgrundlagen Das Gesetz zur Mobilisierung von Bauland (Baulandmobilisierungsgesetz) vom 14. Juni 2021 wurde am 22. Juni 2021 im</p>	<p>der 1. Änderung dieses Bebauungsplans nicht weiter verfolgt. Die durch die Stadt Putlitz beschlossene Satzung über die 1. Änderung des Bebauungsplans „Zur Burghofwiese“ in der Fassung der Bekanntmachung vom 30.07.2018 beinhaltet die textliche Festsetzung 1.2.1 gleichlautend wie der Entwurf der 2. Änderung in der Fassung vom März 2021.</p> <p>Das durch die Stadt Putlitz gewählte Entwicklungsziel der Flächen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft als Offenlandbiotop im Sinne von Extensivgrünland erfüllt, wie die ursprünglich geplante Gehölzpflanzung auch die Anforderungen an die Kompensation von Versiegelungen gemäß den HINWEISE ZUM VOLLZUG DER EINGRIFFSREGELUNG IM LAND BRANDENBURG. Allerdings ist die Wertigkeit abgemindert. Der resultierende Kompensationsbedarf wurde anderweitig ausgeglichen.</p> <p>Zusammengefasst ist durch den Wegfall der Gehölzpflanzung im Rahmen der 1. Änderung des Bebauungsplans kein Totalausfall des ursprünglichen Kompensationsansatzes zu beklagen.</p> <p>Die Begründung wird hierzu redaktionell überarbeitet.</p> <p>Zu I1.3 Abfallwirtschafts- u. Bodenschutzbehörde Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Für den Inhalt der 2. Änderung des Bebauungsplans ergibt sich kein Abwägungsbedarf.</p> <p>Zu II1.1 Bauordnungsrecht Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Für den Inhalt der 2. Änderung des Bebauungsplans ergibt sich kein Abwägungsbedarf.</p> <p>Zu II1.2 Planungsrecht Die Stellungnahme wird berücksichtigt. Die Planzeichenerklärung wird redaktionell berichtigt.</p> <p>Die Rechtsgrundlagen werden redaktionell fortgeschrieben.</p>

lfd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			<p>Bundesgesetzblatt (BGBl. I S. 1802) verkündet. Es trat am 23. Juni 2021 in Kraft.</p> <p>Das Gesetz enthält in Artikel 1 Änderungen des Baugesetzbuchs. Das Baugesetzbuch ist daher ab sofort wie folgt zu zitieren: „Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802) geändert worden ist.“</p> <p>In Artikel 2 des Gesetzes sind Änderungen der Baunutzungsverordnung enthalten.</p> <p>Die Baunutzungsverordnung ist daher wie folgt zu zitieren: „Baunutzungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. IS. 3786), die durch Artikel 2 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. S. 1802) geändert worden ist.“</p> <p>Darüber hinaus enthält das Gesetz in Artikel 3 Änderungen der Planzeichenverordnung.</p> <p>Die Planzeichenverordnung. ist daher wie folgt zu zitieren: „Planzeichenverordnung vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 S. 58), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. S. 1802) geändert worden ist.“</p> <p>Die Rechtsgrundlagen sind sowohl auf der Planzeichnung als auch in der Begründung entsprechend zu aktualisieren.</p> <p>2.3 Text - Teil B</p> <p>Die Festsetzung 1.2 zu Flächen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft entspricht nicht der Festsetzung der 1. Änderung des Bebauungsplans „Zur Burghofwiese“ (Stand September 2017 – Behördenbeteiligung § 4 Abs. 2 BauGB 11/2017). Weder den Abwägungsunterlagen (März 2018) noch der Begründung der 2. Änderung des Bebauungsplans „Zur Burghofwiese“ lassen sich Aussagen zur erfolgten Änderung entnehmen.</p> <p>Die Begründung ist dahingehend zu überarbeiten, die Stellungnahme der unteren Naturschutzbehörde ist zu beachten.</p> <p>Regelungen für eine bestimmte Art der Bewirtschaftung wie etwa zur Zeit und Art der Mahd der Wiesenfläche auf der Grundlage von § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB sind nur zulässig, wenn sie das Erreichen eines Ausgleichsziels sicherstellen oder ein Grünordnungsplan mit entsprechenden Darstellungen vorliegt. Gleiches gilt für die Beschränkungen zum Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln.</p> <p>Der Begründung lässt sich das erforderliche Ausgleichsziel nicht entnehmen.</p>	<p>Die Hinweise zur textlichen Festsetzung 1.2 werden berücksichtigt.</p> <p>Die mit der Aufstellung des Bebauungsplans „Zur Burghofwiese“ geplante Gehölzpflanzung wurde bereits mit der 1. Änderung dieses Bebauungsplans nicht weiter verfolgt. Die durch die Stadt Putlitz beschlossene Satzung über die 1. Änderung des Bebauungsplans „Zur Burghofwiese“ in der Fassung der Bekanntmachung vom 30.07.2018 beinhaltet die textliche Festsetzung 1.2.1 gleichlautend wie der Entwurf der 2. Änderung in der Fassung vom März 2021.</p> <p>Das durch die Stadt Putlitz gewählte Entwicklungsziel der Flächen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft als Offenlandbiotop im Sinne von Extensivgrünland erfüllt, wie die ursprünglich geplante Gehölzpflanzung auch die Anforderungen an die Kompensation von Versiegelungen gemäß den HINWEISE ZUM VOLLZUG DER EINGRIFFSREGELUNG IM LAND BRANDENBURG. Allerdings ist die Wertigkeit</p>

lfd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
				<p>abgemindert. Der resultierende Kompensationsbedarf wurde anderweitig ausgeglichen. Zusammengefasst ist durch den Wegfall der Gehölzpflanzung im Rahmen der 1. Änderung des Bebauungsplans kein Totalausfall des ursprünglichen Kompensationsansatzes zu beklagen. Die Begründung wird hierzu redaktionell überarbeitet. Darüber hinaus erfolgt eine Ergänzung zur Erforderlichkeit des Mahdregimes im Sinne des formulierten Ausgleichsziels.</p>
2.	<p>Landesamt für Umwelt Technischer Umweltschutz 2 Postfach 60 10 61 14410 Potsdam</p>	09.07.2021	<p>Die zum o.g. Betreff übergebenen Unterlagen wurden von den Fachabteilungen Naturschutz, Immissionsschutz und Wasserwirtschaft (Prüfung des Belangs Wasserwirtschaft hier bezogen auf die Zuständigkeiten des Wasserwirtschaftsamtes gemäß BbgWG § 126, Abs. 3, Satz 3, Punkte 1-5 u. 8) des Landesamtes für Umwelt (LfU) zur Kenntnis genommen und geprüft. Im Ergebnis dieser Prüfung werden für die weitere Bearbeitung der Planungsunterlagen sowie deren Umsetzung beiliegende Stellungnahmen der Fachabteilungen Immissionsschutz und Wasserwirtschaft übergeben. Die Belange zum Naturschutz obliegen der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises PR.</p> <p>1. Wasserwirtschaft Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage Die wasserwirtschaftlichen Belange des LfU gemäß BbgWG § 126 Abs. 3, Satz 3 betreffend werden folgende Hinweise gegeben: Das Referat W13 (Wasserwirtschaft in Genehmigungsverfahren) hat im Rahmen der Behördenbeteiligung zu genanntem Bebauungsplan zuletzt innerhalb der Gesamtstellungnahme des LfU vom 11.01.2018 eine Stellungnahme abgegeben. Darin wurde auf ein Stillgewässer, ein Gewässer II. Ordnung hingewiesen. Da es bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine neuen Erkenntnisse zu dem Vorhaben gibt, behalten die in der Stellungnahme getroffenen Aussagen weiterhin ihre Gültigkeit.</p> <p>2. Immissionsschutz Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach</p>	<p>Zu 1. Wasserwirtschaft Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Für den Inhalt der 2. Änderung des Bebauungsplans ergibt sich kein Abwägungsbedarf.</p> <p>Zu 2. Immissionsschutz Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Für den Inhalt der 2. Änderung des Bebauungsplans ergibt sich kein Abwägungsbedarf.</p>

lfd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			<p>Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage</p> <p>Das Referat T21 hat im Rahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB zur 1. Änderung des o.g. Entwurfes zuletzt mit Schreiben vom 11.01.2018 eine Stellungnahme abgegeben. Auch zur 2. Änderung sind uns bis zum jetzigen Zeitpunkt keine neuen Erkenntnisse bekannt. Die Aussagen unserer Stellungnahme behalten weiterhin ihre Gültigkeit.</p>	
3.	<p>Gemeinsame Landesplanung Henning-von-Tresckow-Straße 2-8 14467 Potsdam</p>	12.07.2021	<p>Die Planungsabsicht ist an die Ziele der Raumordnung angepasst (s. Erläuterung).</p> <p>Zielmitteilung / Erläuterung: Mit der 2. Änderung des o.g. BP (im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB) sollen Festsetzungen zum Maß der baulichen Nutzung geändert werden: im Sondergebiet „Betreutes Wohnen“ werden die GRZ und die zulässige Zahl der Vollgeschosse erhöht. Für das Plangebiet sind in der Festlegungskarte des LEP HR keine flächenbezogenen Festsetzungen getroffen worden. Textliche Festlegungen des LEP HR stehen der Planung ebenfalls nicht entgegen. Folglich ist die Planänderung an die landesplanerischen Ziele der Raumordnung angepasst.</p> <p>Rechtliche Grundlagen zur Beurteilung der Planungsabsicht</p> <ul style="list-style-type: none"> • Landesentwicklungsprogramm 2007 (LEPro 2007) vom 18.12.2007, GVBl. I S. 235) • Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin - Brandenburg (LEP HR) vom 29.04.2019 (GVBl.II Nr. 35) • Regionalplan Prignitz-Oberhavel, sachlicher Teilplan „Rohstoffsicherung“ (ReP Rohstoffe) vom 24.11.2010 (ABl. 47/12 S. 1657) • Regionalplan Prignitz-Oberhavel, sachlicher Teilplan „Grundfunktionale Schwerpunkte“ (Rep GSP) vom 26.11.2020 (ABl. Nr. 51, S. 1321) • Regionalplan Prignitz-Oberhavel, sachlicher Teilplan „Freiraum und Windenergie“, 2. Entwurf mit Satzungsbeschluss vom 21.11.2018 <p>Bindungswirkung Gemäß § 1 Abs. 4 BauGB sind Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung anzupassen. Die Ziele der Raumordnung können im Rahmen der Abwägung nicht überwunden werden.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf.</p>

Ifd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			<p>Die für die Planung relevanten Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung sind aus den o. g. Rechtsgrundlagen von der Kommune eigenständig zu ermitteln und im Rahmen der Abwägung angemessen zu berücksichtigen.</p> <p>Hinweise Diese Stellungnahme gilt, solange die Grundlagen, die zur Beurteilung der Planung geführt haben, nicht wesentlich geändert wurden. Die Erfordernisse aus weiteren Rechtsvorschriften bleiben von dieser Mitteilung unberührt.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wir bitten (zur Sicherung der Übermittlung trotz der Corona-bedingten Sondersituation), <ul style="list-style-type: none"> ○ Beteiligungen gemäß Landesplanungsvertrag zur Zielmitteilung/Trägerbeteiligung zu Bauleitplänen nur in digitaler Form durchzuführen; ○ bei Mitteilungen über das Inkrafttreten von Bauleitplänen sowie Satzungen nach § 34 Abs. 4 Ziff. 1-3 BauGB oder die Einstellung von Verfahren (vgl. Artikel 20 des Landesplanungsvertrages) den Plan bzw. die Satzung und seine Bekanntmachung in digitaler Form als pdf-Datei per E-Mail zu übersenden (oder alternativ mit Download-Link, -keine CD/DVD -); ○ Beteiligungen bzw. Mitteilungen über die Bekanntmachung soweit möglich ergänzend als shape-Datei für eine Übernahme der für GL relevanten Geometrien von Bauleitplänen in unser Planungsinformationssystem (PLIS) zu übersenden; dabei sollte der verwendete Raumbezug angegeben werden (möglichst als EPSG-Schlüssel); alternativ wäre auch das .dxf-Format möglich; ○ dafür ausschließlich unser Referatspostfach zu nutzen: gl5.post@gl.berlin-brandenburg.de. • Information für den Fall der Erhebung personenbezogener Daten siehe folgenden Link: https://gl.berlin-brandenburg.de/service/info-personenbezogene-daten-gl-5.pdf. 	
4.	Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz – Oberhavel Fehrbelliner Str.31 16816 Neuruppin	28.06.2021	<p>Der Entwurf der 2. Änderung des Bebauungsplanes "Zur Burghofwiese" der Stadt Putlitz (Stand: März 2021) ist mit den Belangen der Regionalen Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel vereinbar.</p> <p>Begründung: Der Bebauungsplan hat die städtebauliche Entwicklung einer ca. 4,3 ha großen Fläche im Osten der Ortslage Putlitz als allgemeines Wohngebiet sowie Sondergebiet mit der Zweckbestimmung</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Für den Inhalt der 2. Änderung des Bebauungsplans ergibt sich kein Abwägungsbedarf.</p>

lfd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			<p>"Betreutes Wohnen" zum Inhalt. Es sollen insbesondere die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung von ca. 65 Wohneinheiten geschaffen werden. Mit der 2. Änderung soll insbesondere die Errichtung eines zweiten Vollgeschosses im Sondergebiet ermöglicht werden. Im zweiten Geschoss sollen Räume für das Personal bzw. die Betriebsführung entstehen.</p> <p>Der Bebauungsplan war bereits mehrfach Gegenstand regionalplanerischer Stellungnahme (zuletzt Schreiben vom 01.12.2017). Seinerzeit ist die Vereinbarkeit mit den Erfordernissen der Regionalplanung festgestellt worden. Die Beurteilung hat weiterhin Bestand.</p> <p>Anregung: Im Kapitel 2.3 "Planbindungen" sollten die Regionalpläne benannt und die relevanten Erfordernisse aufgeführt werden. Der Geltungsbereich befindet sich innerhalb des Vorbehaltsgebietes "Historisch bedeutsame Kulturlandschaft" Nr. 2 "Seddiner Stepenitz-Schlatbachniederung" (vgl. Festlegungskarte ReP FW). Die Vorbehaltsgebiete sollen vor einer raumbedeutsamen Inanspruchnahme geschützt werden, welche die bestehenden Qualitäten der Landschaft entwerten oder stark überprägen könnte (vgl. 2.1 (G) ReP FW). Der Ortsteil Putlitz übernimmt die Funktion eines Grundfunktionalen Scherpunktes (vgl. Z 1 ReP GSP). Grundfunktionale Schwerpunkte sind weitere Schwerpunkte der Wohnsiedlungsentwicklung. Sie dienen der räumlichen Bündelung von überörtlichen Einrichtungen der Grundversorgung. Die Bündelungsfunktion der Grundfunktionalen Schwerpunkte soll gesichert, gestärkt und entwickelt werden (vgl. G 2 ReP GSP). Die zusätzlichen Wohnbauflächen sollen dem Versorgungskern räumlich zugeordnet werden (ebd.). Publikums- und kundenintensive Einrichtungen sollen hier ihren Standort haben bzw. mit ihrem Standort zu einer Stärkung der Versorgungskerne beitragen (ebd.).</p> <p>Hinweise! Von den regionalplanerischen Zielen gehen eine Anpassungspflicht gemäß § 1 Absatz 4 BauGB bzw. eine Beachtungspflicht gemäß § 4 Absatz 1 Satz 1 ROG aus. Die Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung sind in der Abwägung zu berücksichtigen (ebd.). Die Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Rohstoffsicherung / Windenergienutzung" wurde mit Bescheid vom 14. Februar 2012 teilweise genehmigt. Von der</p>	

Ifd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			<p>Genehmigung ausgenommen sind die Festlegung des Vorbehaltsgebietes Nr. 65 "Sicherung oberflächennaher Rohstoffe" sowie die Festlegungen zur "Steuerung der Windenergienutzung". Der Regionalplan wurde zum Zwecke der Bekanntmachung entsprechend redaktionell angepasst und trägt nunmehr die Bezeichnung Regionalplan "Rohstoffsicherung".</p> <p>Die Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Freiraum und Windenergie" wurde mit Bescheid vom 17. Juli 2019 teilweise genehmigt. Von der Genehmigung ausgenommen sind die Festlegungen zur Steuerung der raumbedeutsamen Windenergienutzung. Hiergegen hat die Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel Rechtsmittel eingelegt. Die Festlegungen zum Freiraum und zu den Historisch bedeutsamen Kulturlandschaften wurden genehmigt. Die Bekanntmachung im Amtsblatt für Brandenburg hat noch zu erfolgen.</p> <p>Der Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Windenergienutzung" wurde am 8. Juni 2021 von der Regionalversammlung als Entwurf gebilligt. Die in Aufstellung befindlichen Ziele sind als sonstige Erfordernisse der Raumordnung bei raumbedeutsamen Planung und Maßnahmen und Entscheidungen über deren Zulässigkeit zu berücksichtigen (§ 3 Absatz 1 Nummer 4 i. V.m. § 4 Absatz 1 Satz 1 ROG).</p> <p>Durch die regionalplanerische Stellungnahme bleibt die aufgrund anderer Vorschriften bestehende Verpflichtung zum Einholen von Genehmigungen, Bewilligungen oder Zustimmungen unberührt. Nach Abschluss des Beteiligungsverfahrens bitten wir um Information über den Planungsfortgang. Insbesondere bitten wir um Zusendung des Abwägungsergebnisses sowie der genehmigten Satzung.</p>	
5.	Landesamt für Verbraucherschutz, Flurneuordnung und Landwirtschaft Fehrbelliner Str.4 16816 Neuruppin	06.07.2021	<p>Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung Befreiung o.ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können (bitte alle drei Rubriken ausfüllen):</p> <p>1. Einwendungen: keine</p> <p>Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o.g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstandes und des Zeitraumes: keine</p> <p>Bedenken und Anregungen aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o.g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und Rechtsgrundlage: keine</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Für den Inhalt der 2. Änderung des Bebauungsplans ergibt sich kein Abwägungsbedarf.</p>

Ifd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
6.	Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum Abt. Praktische Denkmalpflege Wünsdorfer Platz 4 15806 Zossen OT Wünsdorf		Es wurde keine Stellungnahme abgegeben.	
7.	Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum Abt. Bodendenkmalpflege Wünsdorfer Platz 5 15807 Zossen OT Wünsdorf	30.06.2021	<p>Da im Vorhabengebiet keine Bodendenkmale bekannt sind, bestehen gegen die vorliegende Planung aus Sicht des Brandenburgischen Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseums, Abt. Bodendenkmalpflege, keine grundsätzlichen Bedenken.</p> <p>Da jedoch mit dem Vorhandensein von bisher unentdeckten Bodendenkmalen zu rechnen ist, machen wir auf folgende Festlegungen im Gesetz über den Schutz und die Pflege der Denkmale im Land Brandenburg (BbgDSchG) - vom 24. Mai 2004 (GVBl. I, S. 215) aufmerksam:</p> <p>Sollten bei Erdarbeiten Bodendenkmale, wie Steinsetzungen, Mauerwerk, Erdverfärbungen, Holzpfähle oder -bohlen, Tonscherben, Metalsachen, Münzen, Knochen u.ä. entdeckt werden, sind diese unverzüglich dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum, Abteilung Bodendenkmalpflege, unter der o.g. Adresse und der unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises anzuzeigen (§ 11 Abs. 1 und 2 BbgDSchG). Die entdeckten Bodendenkmale und die Entdeckungsstätte sind bis zum Ablauf einer Woche nach der Anzeige in unverändertem Zustand zu erhalten und in geeigneter Weise vor Gefahren für die Erhaltung zu schützen (§ 11 Abs. 3 BbgDSchG).</p> <p>Funde sind unter den Voraussetzungen der §§ 11 Abs. 4, 12 BbgDSchG abgabepflichtig.</p> <p>Die Bauausführenden sind über diese gesetzlichen Festlegungen zu belehren.</p> <p>Bitte beachten: Da bei dem Vorhaben auch Belange der Baudenkmalpflege berührt sein können, erhalten Sie aus unserem Hause ggf. eine weitere Stellungnahme.</p>	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Für den Inhalt der 2. Änderung des Bebauungsplans ergibt sich kein Abwägungsbedarf.
8.	Landesbetrieb für Straßenwesen Niederlassung Kyritz Holzhausener Str.58 16866 Kyritz	08.07.2021	Der Aufstellungsbereich des Bebauungsplanes soll den Ausführungen zufolge über eine bestehende kommunale Straße „Zur Burghofwiese“ erfolgen. Zur vorliegenden Planung gibt es keine Bedenken.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Für den Inhalt der 2. Änderung des Bebauungsplans ergibt sich kein Abwägungsbedarf.

lfd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag																				
9.	Landesamt für Bauen und Verkehr Lindenallee 51 15366 Hoppegarten	01.07.2021	<p>Belange der zum Zuständigkeitsbereich des LBV gehörenden Verkehrsbereiche Eisenbahn/Schienenpersonennahverkehr, Binnenschifffahrt, ziviler Luftverkehr und übriger ÖPNV werden durch die 2. Änderung des Bebauungsplanes „Zur Burghofwiese“ nicht berührt.</p> <p>Anlagen der Eisenbahn sowie schiffbare Landesgewässer werden vom Plangebiet nicht berührt.</p> <p>Für die Verkehrsbereiche übriger ÖPNV, Schienenpersonennahverkehr, ziviler Luftverkehr (Flugplätze), Landeswasserstraßen und Häfen liegen mir Informationen zu Planungen, die das Vorhaben betreffen können, nicht vor.</p> <p>Durch die verkehrsplanerische Stellungnahme bleibt die aufgrund anderer Vorschriften bestehende Verpflichtung zum Einholen von Genehmigungen, Bewilligungen oder Zustimmungen unberührt.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Für den Inhalt der 2. Änderung des Bebauungsplans ergibt sich kein Abwägungsbedarf.</p>																				
10.	GDMcom Gesellschaft für Dokumentation und Telekommunikation mbH Maximilianallee 4 04129 Leipzig	14.06.2021	<p>Bezugnehmend auf Ihre oben genannte/n Anfrage(n), erteilt GDMcom Auskunft zum angefragten Bereich für die folgenden Anlagenbetreiber:</p> <table border="1" data-bbox="710 790 1503 909"> <thead> <tr> <th>Anlagenbetreiber</th> <th>Hauptsitz</th> <th>Betroffenheit</th> <th>Anhang</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Erdgasspeicher Peissen GmbH</td> <td>Halle</td> <td>nicht betroffen</td> <td>Auskunft Allgemein</td> </tr> <tr> <td>Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen) ¹</td> <td>Schwaig b. Nürnberg</td> <td>nicht betroffen</td> <td>Auskunft Allgemein</td> </tr> <tr> <td>ONTRAS Gastransport GmbH ²</td> <td>Leipzig</td> <td>nicht betroffen</td> <td>Auskunft Allgemein</td> </tr> <tr> <td>VNG Gasspeicher GmbH ²</td> <td>Leipzig</td> <td>nicht betroffen</td> <td>Auskunft Allgemein</td> </tr> </tbody> </table> <p>¹ Die Ferngas Netzgesellschaft mbH („FG“) ist Eigentümer und Betreiber der Anlagen der früheren Ferngas Thüringen-Sachsen GmbH („FGT“), der Erdgasversorgungsgesellschaft Thüringen-Sachsen mbH (EVG) bzw. der Erdgastransportgesellschaft Thüringen-Sachsen mbH (ETG).</p> <p>² Wir weisen darauf hin, dass die Ihnen ggf. als Eigentümerin von Energieanlagen bekannte VNG – Verbundnetz Gas AG, Leipzig, im Zuge gesetzlicher Vorschriften zur Entflechtung vertikal integrierter Energieversorgungsunternehmen zum 01.03.2012 ihr Eigentum an den dem Geschäftsbereich „Netz“ zuzuordnenden Energieanlagen auf die ONTRAS – VNG Gastransport GmbH (nunmehr firmierend als ONTRAS Gastransport GmbH) und ihr Eigentum an den dem Geschäftsbereich „Speicher“ zuzuordnenden Energieanlagen auf die VNG Gasspeicher GmbH übertragen hat. Die VNG – Verbundnetz Gas AG ist damit nicht mehr Eigentümerin von Energieanlagen.</p> <p>Diese Auskunft gilt nur für den dargestellten Bereich und nur für die Anlagen der vorgenannten Unternehmen, so dass noch mit Anlagen weiterer Betreiber gerechnet werden muss, bei denen weitere Auskünfte einzuholen sind!</p> <p>Bitte prüfen Sie, ob der dargestellte Bereich, den Ihrer Anfrage enthält.</p> <p>Anlagen: Anhang <u>ONTRAS Gastransport GmbH</u> <u>Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen)</u> <u>VNG Gasspeicher GmbH</u> <u>Erdgasspeicher Peissen GmbH</u></p>	Anlagenbetreiber	Hauptsitz	Betroffenheit	Anhang	Erdgasspeicher Peissen GmbH	Halle	nicht betroffen	Auskunft Allgemein	Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen) ¹	Schwaig b. Nürnberg	nicht betroffen	Auskunft Allgemein	ONTRAS Gastransport GmbH ²	Leipzig	nicht betroffen	Auskunft Allgemein	VNG Gasspeicher GmbH ²	Leipzig	nicht betroffen	Auskunft Allgemein	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Für den Inhalt der 2. Änderung des Bebauungsplans ergibt sich kein Abwägungsbedarf.</p>
Anlagenbetreiber	Hauptsitz	Betroffenheit	Anhang																					
Erdgasspeicher Peissen GmbH	Halle	nicht betroffen	Auskunft Allgemein																					
Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen) ¹	Schwaig b. Nürnberg	nicht betroffen	Auskunft Allgemein																					
ONTRAS Gastransport GmbH ²	Leipzig	nicht betroffen	Auskunft Allgemein																					
VNG Gasspeicher GmbH ²	Leipzig	nicht betroffen	Auskunft Allgemein																					

Ifd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			<p>Im angefragten Bereich befinden sich keine Anlagen und keine zurzeit laufenden Planungen der/s oben genannten Anlagenbetreiber/s. Wir haben keine Einwände gegen das Vorhaben.</p> <p>Auflage: Sollte der Geltungsbereich bzw. die Planung erweitert oder verlagert werden oder der Arbeitsraum die dargestellten Planungsgrenzen überschreiten, so ist es notwendig, eine erneute Anfrage durchzuführen.</p> <p>Sofern im Zuge des o.g. Vorhabens Baumaßnahmen vorgesehen sind, hat durch den Bauausführenden rechtzeitig - also mindestens 6 Wochen vor Baubeginn - eine erneute Anfrage zu erfolgen.</p> <p><u>Weitere Anlagenbetreiber</u> Bitte beachten Sie, dass sich im angefragten Bereich Anlagen Dritter befinden können, für die GDMcom für die Auskunft nicht zuständig ist.</p>	
11.	EMB Erdgas Mark Brandenburg GmbH Großbeerenstr. 181-183 14482 Potsdam		<p>Es wurde keine Stellungnahme abgegeben.</p>	
12.	Wasser- und Abwasserzweckverband Pritzwalk Hainholzweg 65 16928 Pritzwalk	23.06.2021	<p>Im o.g. Änderungsbereich befinden sich Anlagen des WAZVP. Die vorhandenen Versorgungsleitungen sind in der Planung zu berücksichtigen. Im Falle einer Überbauung ist eine Umverlegung der vorhandenen Trinkwasserversorgungsleitung AZ DN 200 erforderlich.</p> <p>Zu Ihrer Kenntnisnahme erhalten Sie die beigefügten Bestandsunterlagen. Der Verlauf der vorhandenen Anlagen konnte nur ungefähr dargestellt werden. Wir gewähren nicht die vollständige Darstellung aller Örtlichkeiten und weisen ausdrücklich darauf hin, dass die Planunterlagen nicht entsprechend den geltenden technischen Vorschriften angefertigt wurden. Für die angegebene Lage und die Vollständigkeit der Anlagen wird keine Gewähr übernommen.</p> <p>Die Weiterleitung ausgegebener Unterlagen an Dritte ist untersagt.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es werden keine bisher unberücksichtigten Belange vorgetragen. Der angezeigte Leitungsbestand wird im Zuge der nachgelagerten Ebene der Vorhabenzulassung berücksichtigt. Für den Inhalt der 2. Änderung des Bebauungsplans ergibt sich kein Abwägungsbedarf.</p>
13.	E.ON edis AG Regionalzentrum Wittstocker Str. 1 16909 Heiligengrabe		<p>Es wurde keine Stellungnahme abgegeben.</p>	
14.	Deutsche Telekom Technik GmbH	07.07.2021	<p>Zur o.a. Planung haben wir mit Schreiben PTI 32, PPB 2, FRef Susanne Milcke; 2502-248221 vom 28.07.2017 Stellung</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>

Ifd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
	01059 Dresden		<p>genommen. Von der 2. Änderung der Planung sind unsere Belange nicht betroffen. Daher gilt diese Stellungnahme mit folgenden Änderungen und Ergänzungen weiter:</p> <p>Im Planungsbereich befinden sich Telekommunikationslinien (TK-Linien) der Telekom, die aus dem beigefügten Plan ersichtlich sind.</p> <p>Der beigefügte Bestandsplan der Telekom entspricht nur dem derzeitigen Stand. Änderungen oder Errichtungen von TK-Linien sind bis zum Beginn der Arbeiten möglich. Wir bitten daher, diesen Plan nicht zur Bauausführung zu verwenden.</p> <p>Vor Tiefbauarbeiten über oder in unmittelbarer Nähe unserer TK-Linien ist es erforderlich, dass sich die Bauausführenden vorher durch</p> <ul style="list-style-type: none"> • Kabeleinweisung via Internet (Flyer Trassenauskunft Kabel), • Nutzung des Leitungsauskuftsportal der infrest GmbH (www.infrest.de) oder • E-Mail: Planauskunft_brandenburg@telekom.de <p>in die genaue Lage dieser Anlagen einweisen lassen und die Bauausführenden immer die „Anweisung zum Schutze unterirdischer Anlagen der Telekom Deutschland GmbH bei Arbeiten Anderer (Kabelschutzanweisung)“ – siehe Anlage – beachten, um Schäden am Eigentum der Telekom Deutschland GmbH zu vermeiden. Die E-Mail Adresse für Leitungsauskünfte in Brandenburg hat sich geändert:</p> <p>Planauskunft_brandenburg@telekom.de</p> <p>Beginn und Ablauf der Erschließungsmaßnahmen im Bebauungsplangebiet können der Deutschen Telekom Technik GmbH auch mittels der Web-Applikation „Ein Eingangstor NBG“: www.telekom.de/kontakt/e-mail-kontakt/neubaugebiete-melden? bekannt gegeben werden.</p> <p>Einzelne Hausanschlüsse können von den Grundstückseigentümern über den Bauherrensenservice beauftragt werden, der unter der kostenfreien Rufnummer 0800 33 01903 zu erreichen ist. Eine Kontaktaufnahme über das Internet: www.telekom.de/hilfe/bauherren ist ebenfalls möglich.</p> <p>Benötigen Sie noch weitergehende Informationen oder haben Sie Fragen zu den übersandten Unterlagen, dann rufen Sie uns bitte unter Tel.-Nr.: 030/8353-79021 zurück oder senden uns eine E-Mail an „Planauskunft_brandenburg@telekom.de“.</p>	Es werden keine bisher unberücksichtigten Belange vortragen. Der angezeigte Leitungsbestand wird im Zuge der nachgelagerten Ebene der Vorhabenzulassung berücksichtigt. Für den Inhalt der 2. Änderung des Bebauungsplans ergibt sich kein Abwägungsbedarf.
15.	Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe Brandenburg Inselstraße 26	25.06.2021	Keine Betroffenheit durch die Planung.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf.
			1. Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung,	

lfd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
	03046 Cottbus		<p>Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können Keine.</p> <p>2. Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands Keine.</p> <p>3. Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan: <u>Geologie:</u> Auskünfte zur Geologie können über den Webservice des LBGR abgefragt werden. Außerdem weisen wir auf die im Zusammenhang mit etwaig geplanten Bohrungen oder geophysikalischen Untersuchungen bestehende Anzeige-, Mitteilungs- oder Auskunftspflicht hin (§ 8 ff Gesetz zur staatlichen geologischen Landesaufnahme sowie zur Übermittlung, Sicherung und öffentlichen Bereitstellung geologischer Daten und zur Zurverfügungstellung geologischer Daten zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben (Geologiedatengesetz-GeolDG)).</p>	
16.	Industrie- und Handelskammer Potsdam Große Weinmeisterstr. 59 14469 Potsdam		Es wurde keine Stellungnahme abgegeben.	
17.	Wasser- und Bodenverband Schönhagener Straße 16 16928 Pritzwalk	24.06.2021	Im räumlichen Geltungsbereich des oben genannten Bebauungsplanes sind keine Wasserläufe II. Ordnung des Wasser- und Bodenverbandes "Prignitz" und nach unserem Kenntnisstand auch keine Drainagen vorhanden, so dass der 2. Änderung zugestimmt werden kann.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf.
18.	Kreishandwerkerschaft Prignitz Bahnhofsplatz 8 19348 Perleberg	30.06.2021	Es liegen von unserer Seite derzeit weder Bedenken, Anregungen noch Hinweise zu dieser Bauleitplanung vor. Die von uns zu vertretenden Belange werden derzeit von der Planung nicht berührt.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf.
19.	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr Referat Infra I 3 Berlin / Brandenburg Postfach 29 63 53019 Bonn		Es wurde keine Stellungnahme abgegeben.	

lfd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
20.	Landesbetrieb Forst Brandenburg Untere Forstbehörde Oberförsterei Gadow Forsthof 19309 Lanz/OT Gadow		Es wurde keine Stellungnahme abgegeben.	
21.	Staatlicher Munitionsbergungsdienst des Landes Brandenburg Hauptallee 116/8 15838 Waldstadt	25.06.2021	Zur Beplanung des o.g. Gebietes bestehen keine grundsätzlichen Einwände. Bei konkreten Bauvorhaben ist bei Notwendigkeit eine Kampfmittelfreiheitsbescheinigung beizubringen. Darüber entscheidet die für das Baugenehmigungsverfahren zuständige Behörde auf der Grundlage einer vom Kampfmittelbeseitigungsdienst erarbeiteten Kampfmittelverdachtsflächenkarte. Diese Einschätzung gilt auch für zukünftige Änderungen dieses Planes. Zu Ihrer Anfrage teile ich Ihnen mit, dass von Ihnen angefragte Vorhaben liegt nach derzeitigen Erkenntnissen nicht in einer Kampfmittelverdachtsfläche, eine Antragstellung ist daher nicht erforderlich.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Für den Inhalt der 2. Änderung des Bebauungsplans ergibt sich kein Abwägungsbedarf.
22.	BVVG Schönhauser Allee 120 10437 Berlin	01.07.2021	Belange der Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) werden durch die Planung nicht berührt. Von weiteren Beteiligungen im Rahmen des Aufstellungsverfahrens bitten wir abzusehen, sofern damit nicht eine erhebliche Ausweitung des Geltungsbereichs verbunden ist.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf.
23.	Treuhand Liegenschaftsgesellschaft Niederlassung Berlin / Brandenburg Hausvogteiplatz 12 10117 Berlin		Es wurde keine Stellungnahme abgegeben.	
24.	Bundesvermögensamt Potsdam Berliner Str. 98-101 14467 Potsdam		Es wurde keine Stellungnahme abgegeben.	
25.	Gemeinde Gültitz – Reetz über Amt Putlitz Berge Zur Burghofwiese 2 16949 Putlitz		Es wurde keine Stellungnahme abgegeben.	

lfd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
26.	Gemeinde Pirow über Amt Putlitz Berge Zur Burghofwiese 3 16950 Putlitz		Es wurde keine Stellungnahme abgegeben.	
27.	Gemeinde Berge über Amt Putlitz Berge Zur Burghofwiese 3 16950 Putlitz		Es wurde keine Stellungnahme abgegeben.	
28.	Gemeinde Ruhner berge über Amt Eldenburg-Lübz Am Markt 22 19386 Lübz		Es wurde keine Stellungnahme abgegeben.	
29.	Gemeinde Suckow über Amt Eldenburg-Lübz Am Markt 22 19386 Lübz		Es wurde keine Stellungnahme abgegeben.	
30.	Gemeinde Marienfließ über Amt Meyenburg Freysteiner Straße 42 16945 Meyenburg		Es wurde keine Stellungnahme abgegeben.	
31.	Stadt Pritzwalk Marktstraße 39 16928 Pritzwalk		Es wurde keine Stellungnahme abgegeben.	
32.	Gemeinde Triglitz über Amt Putlitz Berge Zur Burghofwiese 4 16951 Putlitz		Es wurde keine Stellungnahme abgegeben.	
33.	GASCADE Gastransport GmbH Abteilung GNL Kölnische Str. 108-112 34119 Kassel	28.06.2021	Wir antworten Ihnen zugleich auch im Namen und Auftrag der Anlagenbetreiber WINGAS GmbH, NEL Gastransport GmbH sowie OPAL Gastransport GmbH & Co. KG. Nach Prüfung des Vorhabens im Hinblick auf eine Beeinträchtigung unserer Anlagen teilen wir Ihnen mit, dass unsere Anlagen zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht betroffen sind. Dies schließt die Anlagen der v. g. Betreiber mit ein. Wir möchten Sie darauf hinweisen, dass Anfragen zu Leitungsauskünften, Schachtgenehmigungen, TÖB-Beteiligungen etc. an die oben genannten Anlagenbetreiber ab sofort ausschließlich	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf.

lfd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			über das kostenfreie BIL-Onlineportal unter https://portal.bil-leitungs-auskunft.de einzuholen sind. Bitte richten Sie daher Ihre zukünftigen Anfragen an uns, direkt an das o.g. BIL-Portal. Sollten Sie Ihre Anfrage bereits in das BIL-Portal eingestellt haben, betrachten Sie diese Mail bitte als gegenstandslos.	
34.	50 Hertz Transmission GmbH TG Netzbetrieb Heidestraße 2 10557 Berlin	21.06.2021	Nach Prüfung der Unterlagen teilen wir Ihnen mit, dass sich im Plangebiet derzeit keine von der 50Hertz Transmission GmbH betriebenen Anlagen (z.B. Hochspannungsfreileitungen und -kabel, Umspannwerke, Nachrichtenverbindungen sowie Ver- und Ent-sorgungsleitungen) befinden oder in nächster Zeit geplant sind. Diese Stellungnahme gilt nur für den angefragten räumlichen Bereich und nur für die Anlagen der 50Hertz Transmission GmbH.	
35.	LTV Landestourismusverbund Brandenburg e.V. Humboldtstr. 2 14467 Potsdam		Es wurde keine Stellungnahme abgegeben.	
36.	Deutsche Bahn DB Immobilien Caroline-Miichaelis-Str. 5 10115 Berlin		Es wurde keine Stellungnahme abgegeben.	
37.	Gemeinde Groß Pankow (Prignitz) Steindamm 21 16928 Groß Pankow	15.06.2021	Keine Bedenken.	
38.	Kabel Deutschland Vertrieb und Service GmbH Eckdrift 81 19061 Schwerin	01.07.2021	Wir teilen Ihnen mit, dass die Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH gegen die von Ihnen geplante Baumaßnahme keine Einwände geltend macht. Im Planbereich befinden sich keine Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Eine Neuverlegung von Telekommunikationsanlagen ist unsererseits derzeit nicht geplant.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf.
39.	Bundesnetzagentur Tulpenfeld 4 53113 Bonn		Es wurde keine Stellungnahme abgegeben.	
40.	NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG		Es wurde keine Stellungnahme abgegeben.	

Ifd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
	HRA 37374 B Amtsgericht Charlottenburg An der Spandauer Brücke 10 10178 Berlin			